

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

- 18. WP -

49. Sitzung

am Donnerstag, dem 31. Oktober 2013, 10 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

### **Weitere Abgeordnete:**

Regina Poersch (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:****a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 18/941](#)

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 18/942](#)

**c) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2013 bis 2017  
Finanzplan Fortschreibung 2018 - 2023  
Bericht der Landesregierung zum Abbau der strukturellen Verschuldung  
gemäß Artikel 59 a Landesverfassung**

Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 18/1106](#)

- **Einzelplan 05 und Kapitel 12 05**  
**Finanzministerium**
- **Einzelplan 11 und Kapitel 12 11, 12 20, 12 21, 12 22**  
**Allgemeine Finanzverwaltung**
- **Einzelplan 02**  
**Landesrechnungshof**
- **Einzelplan 01 und Kapitel 12 01**  
**Landtag**

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

**a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/941](#)

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/942](#)

**c) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2013 bis 2017  
Finanzplan Fortschreibung 2018 - 2023  
Bericht der Landesregierung zum Abbau der strukturellen Verschuldung gemäß Artikel 59 a Landesverfassung**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1106](#)

(überwiesen am 25. September 2013)

Stellungnahme des Landesrechnungshofs zum Haushalt

[Umdruck 18/1886](#)

Finanzministerin Heinold teilt aus aktuellem Anlass mit, dass sich die Kosten für die bevorstehende Sanierung an der Universität Flensburg, die zügig begonnen werde, von 750.000 € durch die Sturmschäden auf mindestens 2 Millionen € erhöhten, die zulasten anderer Maßnahmen im laufenden Haushalt gedeckt würden. Hauptproblem seien nach dem Abtrag des Daches Durchfeuchtungsschäden. Die Sturmschäden belegten die Notwendigkeit, die öffentlichen Gebäude in den nächsten Jahren Stück für Stück nachhaltig zu sanieren. Auf Fragen aus dem Ausschuss erwidert sie, Regressansprüche könnten nicht durchgesetzt werden, weil die verantwortliche Dachdeckerfirma inzwischen in Konkurs gegangen sei. Die Liegenschaften des Landes seien gegen Unwetterschäden nicht versichert. Die GMSH müsse einen Spagat vollziehen, nämlich auf der einen Seite möglichst kostengünstig arbeiten und auf der anderen Seite als Bauherr den ordnungsgemäßen Bau überprüfen.

Abg. Andresen erwartet, dass der Verwaltungsrat der GMSH der Frage nachgehe, wer in welchem Umfang Verantwortung für die in den letzten Jahren aufgetretenen Baumängel trage.

Ministerin Heinold macht darauf aufmerksam, dass die erforderlichen Haushaltsmittel in den letzten Jahren nicht zur Verfügung gestellt worden seien, obwohl der Sanierungsbedarf in Flensburg bekannt gewesen sei, und der Sanierungsstau in den Landesliegenschaften vor dem Hintergrund des Konsolidierungspfads auch in den kommenden Jahren nur Schritt für Schritt abgebaut werden könne.

Auf eine Frage von Abg. Koch zum Stellenplan der Polizei erwidert die Finanzministerin, nachdem die alte Landesregierung dem Stabilitätsrat den Abbau von 160 Stellen im Bereich der Polizei zwar gemeldet, aber das Personalbudget nicht entsprechend reduziert habe, bereinige man dies aus Gründen der Transparenz; in der Realität ändere sich nichts.

Abg. Koch wiederholt seine Kritik, dass die Staatskanzlei den Stellenabbaupfad nicht einhalte, fünf neue Stellen nicht aus ihrem eigenen Stellenplan finanziere und damit ein schlechtes Vorbild für die Ministerien sei, die nach dem KoPers-Konzept weitere Stellen einsparen müssten.

Ministerin Heinold weist darauf hin, dass die Landesregierung mit dem Haushalt 2014 über 600 Stellen abbaue und das Finanzministerium penibel auf die Umsetzung des Stellenabbaus achte. Die Vorgaben des Stellenabbaupfads seien derzeit um 48 Stellen übererfüllt. Den besonderen Bedarf der Staatskanzlei im Bereich des CIO erkenne sie an, denn die zentrale Steuerung von IT, Organisation und Personal sei für Haushaltskonsolidierung und Abbaupfad entscheidend.

Nach Auffassung von Abg. Dr. Garg darf der Stellenabbau nicht dazu führen, dass gesetzliche Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllt werden könnten, zum Beispiel bei der Überwachung von Arzneimitteln oder Medizinprodukten.

Auf eine weitere Frage von Abg. Koch zum Umfang der Nachschiebeliste versichert die Ministerin, die Nachschiebeliste werde nicht zu einer zusätzlichen Verschuldung führen, zusätzliche Ausgaben (zum Beispiel beim Asylbewerberleistungsgesetz) würden gedeckt. Mehreinnahmen aus der Steuerschätzung würden eins zu eins in die Reduzierung der Nettoneuverschuldung gehen; die Ergebnisse der Steuerschätzung veränderten einzig und allein die Höhe der Nettoneuverschuldung. Während man die Zensusmittel 2014 für zusätzliche Maßnahmen zur Verfügung stelle, würden die Zensusmittel 2015 vollständig zur Senkung der Nettoneuverschuldung eingesetzt.

## **Einzelplan 05 - Finanzministerium**

Finanzministerin Heinold führt in Einzelplan 05 ein (Anlage 1).

Zu den Titeln 05 01 - 533 02 und 05 05 - 533 04 - Aufwendungen für Pfortnerdienste - fragt Abg. Schmidt das Finanzministerium, wie viele Personen im Pfortnerdienst angestellt seien.

Auf eine Frage von Herrn Dopp, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, zum Bildungszentrum der Steuerverwaltung in Bad Malente erwidert Frau Felgendreher, Leiterin des Referats Personal, Aus- und Fortbildung im Finanzministerium, aus Gründen der Haushaltswahrheit und -klarheit habe man erstmals den Einnahmetitel 05 05 - 124 02 eingestellt, um Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung von Räumlichkeiten des modernisierten BiZ an Dritte veranschlagen zu können. Um den Aus- und Fortbildungsbetrieb in der Sanierungsphase sicherzustellen, lasse man die Umbaumaßnahmen abschnittsweise durchführen und habe Appartements angemietet.

Auf eine Frage von Abg. Schmidt zu Titel 05 06 - 533 99 - Leistungsentgelte an die GMSH - erwidert sie, die Kosten für den Einsatz von Ingenieuren beim Amt für Bundesbau seien schwer zu prognostizieren, würden mit einem Stundensatz von 52 € kalkuliert und bekomme das Land vom Bund komplett erstattet.

## **Einzelplan 11 - Allgemeine Finanzverwaltung**

Finanzministerin Heinold führt in Einzelplan 11 ein (Anlage 2).

Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg zu Titel 11 01 - 099 01 - Glücksspielabgabe - teilt Finanzstaatssekretär Losse-Müller mit, von den Ist-Einnahmen entfielen 4,5 Millionen € auf Sportwetten und davon 1,5 Millionen € auf den Landessportverband.

Abg. Schmidt bittet darum, bei den Einnahmen in Kapitel 11 04 - Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen - den Unterschied zwischen Soll und Ist zu erläutern.

Eine Frage von Abg. Koch zu Titel 11 11 - 371 01 - Globale Mehreinnahmen aus dem Zensus 2011 für Infrastrukturmaßnahmen - beantwortet die Finanzministerin dahin, sie würde sich freuen, wenn nicht ausgegebene Mittel und Mehreinnahmen aus dem Zensus 2011 zur Aufstockung des Sondervermögens Hochschulsanierung eingesetzt würden, um den massiven und kostenaufwendigen Sanierungsstau an den Hochschulen aufzulösen.

Auf eine Frage von Abg. Schmidt zu Kapitel 11 16 - Kredite, Finanzderivate, Schulden - antwortet sie, man werde den Haushaltsansatz für Zinsausgaben mit der Nachschiebeliste spürbar absenken, ohne dabei einen gewissen Risikopuffer aufzugeben.

Auf eine Frage von Abg. Koch zur Umschuldung von 4 Milliarden € verweist Staatssekretär Losse-Müller auf [Umdruck 18/1774](#) und die Zinssicherungsstrategien des Landes.

Zu **Einzelplan 12 - Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes** - werden keine Fragen gestellt.

Den **Finanzplan des Landes**, [Drucksache 18/1106](#), nimmt der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

**Einzelplan 02 - Landesrechnungshof**

Herr Dopp, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, führt in Einzelplan 02 ein (Anlage 3).

Die Mittel für die Vergabe von Aufträgen an Sachverständige und Gutachter seien in dem geplanten Umfang erforderlich, weil der Rechnungshof bei bestimmten Prüfungen auf externen Sachverstand angewiesen sei (Haushaltsrechnung, Eingliederungshilfe, ingenieurwissenschaftliches Know-how).

(Sitzungsunterbrechung von 11:30 bis 12:05 Uhr)

**Einzelplan 01 - Landtag**

hierzu: [Umdruck 18/1849](#)

Herr Dr. Schliesky, Direktor des Landtags, führt in Einzelplan 01 ein (Anlage 4).

Auf eine Frage von Abg. Schmidt teilt er mit, die Landtagsverwaltung sei dabei, ein Konzept zur Audioübertragung von Ausschusssitzungen zu erarbeiten, das möglichst kostengünstig und zeitnah realisiert werden könne.

Abg. Schmidt spricht sich dafür aus, in Kapitel 01 04 - Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen - den Mittelansatz bei Titel 529 01 - Verfügungsmittel - und 531 02 - Öffentlichkeitsarbeit - aufzustocken.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 12:20 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer